

Petition wird eingereicht

Oberhaid - Bürgermeister Carsten Joneitis teilte dem Gemeinderat mit, dass die Verwaltung eine Petition im Deutschen Bundestag einreiche, um die geplante Tank- und Rastanlage bei Staffelbach zu verhindern. In der Petition verlangt die Gemeinde, bei den Planungen auch private Autohöfe zu berücksichtigen. Das sei bisher noch nicht der Fall. Bei der Autobahndirektion werde argumentiert, dass auf diese Rastanlage aus Gründen der Versorgung der Verkehrsteilnehmer und der Verkehrssicherheit nicht verzichtet werden könne, insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden Park-Engpässe für Lkw. Ziehe man aber private Autohöfe in die Planungen mit ein, sei die Versorgungslücke geschlossen, eine Rastanlage nicht nötig

Quelle: Fränkischer Tag, 04.07.2008

Eingabe einer Petition gegen den Bau der Tank- und Rastanlage bei Staffelbach

Gemeinsam mit dem Vertreter der Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach beabsichtigt die Verwaltung, beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition einzureichen. Hierdurch soll erreicht werden, dass bei der Bedarfsermittlung die privaten Autohöfe Berücksichtigung finden. Dies wird bislang von der Autobahndirektion Nordbayern unter Berufung auf die Vorgaben des Bundes abgelehnt.

Der Beauftragte Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach, Herr Horst Melber, wies darauf hin, dass anderen Orts sogar Autobahnen von privaten Investoren gebaut wurde. Demnach müsste es auch möglich sein, dass private Autohofbetreiber bei der Bedarfsplanung berücksichtigt werden. Ferner wies die Kanzlerin Merkel auf die Notwendigkeit hin, Flächenversiegelungen zu senken.

Durch Beschluss wurde der 1. Bürgermeister beauftragt, im Namen der Gemeinde Oberhaid gemeinsam mit der Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition zur Änderung der Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu der Bedarfsplanung für den Bau von Autobahnrastanlagen einzureichen. Mit der Änderung soll die Anerkennung der privaten Autohöfe bei der Bedarfsplanung von Rastanlagen bewirkt werden. Ziel ist es, den Bau der geplanten Tank- und Rastanlage bei Staffelbach auf diese Weise zu verhindern.

Quelle: Amtsblatt der Gemeinde Oberhaid, 16.07.2008

G E M E I N D E



O B E R H A I D

Gemeinde Oberhaid, Rathausplatz 1, Postfach 11 43, 96173 Oberhaid

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Oberhaid, 20.07.2008

Petition an den Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Oberhaid, vertreten durch den 1. Bürgermeister Herrn Carsten Joneitis, und die Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach, vertreten durch Herrn Horst Melber, Siedlung 8, 96173 Oberhaid, wenden sich mit folgender Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages:

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ändert die Richtlinien für die Bedarfsplanung von Autobahnrastanlagen dahingehend, dass zukünftig der Bestand an privaten Autohöfen bei der Bedarfsdeckung berücksichtigt wird. Ferner ist vorrangig zu prüfen, ob die Bedarfsdeckung durch Kooperation mit privaten Autohöfen erreicht werden kann.

Begründung:

Die Autobahndirektion Nordbayern plant im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an der Bundesautobahn A 70, nahe dem Oberhaider Gemeindeteil Staffelbach, den Bau einer Tank- und Rastanlage mit dem Arbeitstitel „Haßberge“. Laut den ersten Angaben der Planungsbehörde werden durch den Bau der Anlage ca. fünf Hektar landwirtschaftliche Nutzflächen vernichtet. Die Kostenschätzung beläuft sich auf vier Millionen Euro. Gemäß dem jüngsten Planungszwischenstand vom 06.06.2008 hat sich die beanspruchte Fläche auf ca. 12 Hektar vergrößert. Mit einer entsprechenden Kostenmehrung ist zu rechnen.

An der BAB A 70 befinden sich im betroffenen Streckenabschnitt zwischen dem Autobahndreieck Schweinfurt/Werneck und dem Kreuz Bamberg zwei private Autohöfe. Der nächstliegende, voll ausgebaute Euro Rastpark Knetzgau mit einem 24 h / 365 Tage-Betrieb liegt ca. 13 km vom geplanten Standort entfernt. Laut Auskunft des Betreibers beträgt die Auslastung derzeit 60 - 70 %. Dieser erklärte sich bereit, mit der Autobahndirektion zusammen zu arbeiten und erforderlichenfalls den Rastpark bedarfsorientiert zu erweitern.

Seitens der Planungsbehörde wurden Gespräche mit dem Betreiber des Euro Rastparks Knetzgau mit Hinweis auf die Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgelehnt. Dieses teilte mit Schreiben vom 08.02.2008 mit, dass eine Kooperation mit privatwirtschaftlich betriebenen Autohöfen nicht möglich sei, da der Bund auf deren dauerhaften Bestand keinen Einfluss habe.

Dieser Argumentation vermögen wir nicht zu folgen. In Zeiten, in denen der allgemeine Privatisierungstrend selbst den Bau von Autobahnabschnitten durch Investoren zulässt, sollte es

möglich sein, bei den Rastanlagen das Angebot der privaten Autohöfe und die Interessen des Bundes auf einer vertraglichen Ebene in Einklang zu bringen.

Fraglich ist für uns ferner, ob die restriktive Haltung der Bundesfernstraßenverwaltung mit dem Europarecht vereinbar ist, welches grundsätzlich die Zulassung von Wettbewerb fordert.

Ziel der Petition:

Mit dieser Petition soll die Berücksichtigung der Euro Rastparks Knetzgau und Werneck bei der Bedarfsplanung erreicht werden, um auf diese Weise den Bau der Tank- und Rastanlage bei Staffelbach zu verhindern.

Falls noch weitere Informationen benötigt werden, bitten wir um Mitteilung an die Gemeinde Oberhaid.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Carsten Joneitis
Erster Bürgermeister

gez.
Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach

Quelle: http://www.staffelbach-wehrt-sich.de/html/20_07_2008_petition_an_bundest.html

Weitere ergänzende Schreiben an den Petitionsausschuss finden Sie hier:

http://www.staffelbach-wehrt-sich.de/html/19_11_2008_schreiben_an_petiti.html

http://www.staffelbach-wehrt-sich.de/html/16_12_2008_schreiben_an_petiti.html

Mein eigenes Anliegen bezüglich der geplanten Tank- und Rastanlage bei Staffelbach beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Pet 1-16-12-9111-046498) vom 18.12.2008 und 15.01.2009 wurde in die gemeinsame Petition 1-16-12-9111-042008 der Gemeinde Oberhaid und der Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage Staffelbach vom 20.07.2008, 19.11.2008 und 16.12.2008 mit einbezogen.

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuss

11011 Berlin, 20.01.2010
Platz der Republik 1

Pet 1-16-12-9111-046498
(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Fernruf (030) 227-33927
Telefax (030) 227-30057

Herrn
Oliver Götz
Leitenstr. 23

96173 Oberhaid

Eingang: 26.01.2010

Die Sachbearbeiterin ist teilzeitbeschäftigt und daher montags, dienstags und donnerstags von 07:30 Uhr bis 13:00 Uhr, mittwochs von 07:00 Uhr bis 16:00 Uhr sowie freitags von 07:30 Uhr bis 12:30 Uhr telefonisch zu erreichen.

Betr.: Autobahnen

Bezug: Mein Schreiben vom 22.09.2009

Sehr geehrter Herr Götz,

zu Ihrem Anliegen darf ich Ihnen mitteilen, dass der Deutsche Bundestag sich in seiner 12. Sitzung am 17. Dezember 2009 für den Bau der Tank- und Rastanlage Staffelbach ausgesprochen hat.

Ihrem Anliegen ist damit entsprochen worden.

Ich freue mich über dieses Ergebnis und darf Ihnen - auch im Namen der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kersten Steinke, MdB - alles Gute wünschen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Karla Melcher)

Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

Drucksache **17/262**

16. 12. 2009

Beschlussempfehlung

des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

– Sammelübersicht 2 zu Petitionen –

Der Bundestag wolle beschließen,

die in der nachfolgenden Sammelübersicht enthaltenen Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zu Petitionen anzunehmen.

Berlin, den 16. Dezember 2009

Der Petitionsausschuss

Kersten Steinke
Vorsitzende

Drucksache **17/262**

– 6 –

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode

noch Beschlussempfehlung 3

Lfd. Nr.	Aktenzeichen der Eingabe	Wohnsitz des Einsenders	Inhalt der Eingabe	Zuständige oberste Bundesbehörde
68	Pet 1-16-12-9111-042008	96173 Oberhaid	Autobahnen	BMVBS

Plenarprotokoll 17/12

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

12. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Dezember 2009

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode – 12. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 17. Dezember 2009

Zusatztagesordnungspunkt 6:

a)–g)

Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: **Sammelübersichten 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 zu Petitionen**

(Drucksachen 17/261, 17/262, 17/263, 17/264, 17/265, 17/266, 17/267) 952 D

ZP 6 Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache

Ergänzung zu TOP 22

b) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 2 zu Petitionen

– Drucksache 17/262 –

Zusatzpunkt 6 b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 2 zu Petitionen

– Drucksache 17/262 –

Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die Sammelübersicht 2 ist ebenfalls mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen.